



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche kam der Landtag von Nordrhein-Westfalen zu seiner 27., 28. und 29. Sitzung zusammen. Während dieser Plenarwoche standen u. a. Themen wie die Stärkung des Radverkehrs in NRW, Maßnahmen zur CO2-Reduktion in der Bauwirtschaft, die Umsetzung des Handlungskonzepts für eine bessere Unterrichtsversorgung, die Notstromversorgung in Pflegeheimen sowie die Fortsetzung der Krankenhausreform in NRW auf der Tagesordnung. Als Sprecher der CDU Fraktion im Hauptausschuss sowie als stellvertretender Vorsitzender für den Ausschuss Arbeit, Gesundheit und Soziales hatte ich gleich drei Plenarredeinsätze. Meine Plenarreden finden Sie wie immer auf meiner Internetseite.

Wenn Sie Fragen oder ein konkretes Anliegen haben, so sprechen Sie mich gerne an. Jetzt wünsche ich Ihnen einen interessanten Einblick in die letzte Plenarwoche vor Ostern.



Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein frohes Osterfest.
Bleiben Sie gesund und zuversichtlich!

Ihr Daniel Hagemeyer MdL



5. LWL-Messe der Inklusionsunternehmen in Dortmund

Daniel Hagemeyer MdL nahm als Beauftragter der CDU Landtagsfraktion für Menschen mit Behinderungen sowie als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales an der Messe teil.

Inklusionsunternehmen sind ein wichtiger Teil des Arbeitsmarktes! Hier arbeiten Menschen mit und ohne Behinderungen gleichberechtigt zusammen. Häufig sind die Hürden zum ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen sehr hoch. Gerade hier bilden Inklusionsbetriebe eine Art Brücke zwischen den Arbeitsplätzen in den Werkstätten für Menschen mit Behinderungen zu denen auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Die Messe ist der größte Treffpunkt in der Region für Inklusionsunternehmen und solche, die es werden wollen. Für Menschen mit und ohne Behinderung. Für Entscheiderinnen und Entscheider aus dem öffentlichen Dienst und der Wirtschaft sowie für alle Interessierten aus der Region.

Menschen mit Behinderungen gehören in die Mitte der Gesellschaft! Hierzu gehört die Teilhabe in allen Lebensbereichen und die Möglichkeit selbstbestimmt leben zu können! Inklusionsunternehmen leisten gerade hier einen wertvollen Beitrag!

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

NRW-Steuerfahndung wird schlagkräftiger

Die Steuerfahndung in Nordrhein-Westfalen stellt sich neu auf und wird noch schlagkräftiger. Die Bekämpfung großer Fälle von Steuerkriminalität und Cybercrime sowie die Mitwirkung bei der Geldwäschebekämpfung soll künftig zentral im neuen Landesfinanzkriminalamt (LFK) erfolgen bzw. von dort koordiniert werden.

In unserem neuen LFK bündeln wir die besondere Expertise und die erforderlichen Kompetenzen, um landesweit schnell und effektiv gegen die ‚großen Fische‘ vorgehen zu können und ihnen das Handwerk zu legen. Das neue Landesfinanzkriminalamt tritt organisatorisch neben die bisherigen Finanzämter für Steuerstrafsachen und Steuerfahndung (STRAFA-FÄ).

Anders als die übrigen STRAFA-FÄ wird es nicht nur lokal bzw. regional zuständig sein, sondern landesweit große Fälle von Steuerkriminalität bekämpfen und verfolgen. Durch diese Bündelung von Know-How und Ressourcen wird sichergestellt, dass die bedeutenden Fälle zentral durch Expertinnen und Experten mit einem hohen Grad an Spezialisierung auf diesen Gebieten bearbeitet werden. Gleichzeitig werden die Arbeitsprozesse und die Ermittlungsarbeit in den STRAFA-FÄ entlastet. Damit ähnelt die neue Struktur der Arbeitsaufteilung zwischen Landeskriminalamt und lokalen Polizeibehörden.

In unseren Steuerfahndungsämtern wird hervorragende Arbeit geleistet. Nordrhein-Westfalen ist bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Geldwäsche gut aufgestellt. Die Expertise unserer Fahnderinnen und Fahnder ist bundesweit anerkannt und wird auch von anderen Behörden regelmäßig im Wege der Amtshilfe in Anspruch genommen. Die Verbesserung des strukturellen Rahmens soll dazu beitragen, dass sie ihre Arbeit unter noch besseren Bedingungen fortsetzen und ausbauen können. Klare Zuständigkeiten und schlanke Entscheidungsprozesse sind ein entscheidendes Kriterium für eine effektive Ermittlungsarbeit.

Die in der ressortübergreifenden *Task Force zur Bekämpfung von Finanzierungsquellen Organisierter Kriminalität und Terrorismus* tätigen Ermittlerinnen und Ermittler aus der Steuerverwaltung sollen ebenso wie die Sondereinheiten der Steueraufsicht (ARES) und die Zentralstelle Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung (ZEUS) Teil des neuen Landesfinanzkriminalamts werden.

Durch die Zusammenführung dieser Sonderstellen können Synergieeffekte optimal genutzt werden. Weitere Zuständigkeiten werden die zentrale Bearbeitung von Cum-Ex-Fällen, Kryptowährungen, die Bekämpfung von Cybercrime, die Bekämpfung des Umsatzsteuerbetrugs und die Sanktionsdurchsetzung sowie deliktsübergreifende organisierte Kriminalitätsphänomene wie beispielsweise das „Hawala-Banking“ sein.

Die im Länderverbund bislang einzigartige Herangehensweise führt zu deutlich kürzeren Wegen und effektiveren Abstimmungsprozessen und folgt konsequent dem Ermittlungsgrundsatz „Follow the Money“. Dies vereinfacht die Ermittlungen und ermöglicht insbesondere auch die schnellere Fortentwicklung forensischer Ermittlungsarbeit sowie die Prüfung und den Einsatz neuer digitaler Ermittlungsmethoden wie z. B. den Einsatz von Künstlicher Intelligenz.

Steuerhinterziehung ist zunehmend ein äußerst komplexes Phänomen, wie die Umsatzsteuer-Karusselle oder Cum-Ex-Ermittlungen zeigen. Oftmals wird Steuerhinterziehung auch zusammen mit außersteuerlichen Delikten begangen.

Aber nicht nur die Kriminellen bewegen sich. Auch die Steuerverwaltung passt sich an die geänderten Rahmenbedingungen an. Unser neues LFK ist ein weiterer entschiedener Schritt. Eine Aufgabe, die wir nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit in geeigneter Form angehen müssen.

Die Gründung eines zentralen Landesfinanzkriminalamtes trägt auch Fortentwicklungen auf europäischer Ebene

Übungsleiteroffensive 2023

Für die Umsetzung der Übungsleiteroffensive steht eine Million Euro bereit, um Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Trainerinnen und Trainer, Schwimmtrainerinnen und -trainer sowie Schwimmassistenten auszubilden und zu qualifizieren.

Damit soll dem akuten Mangel an ausreichend qualifizierten Übungsleiterinnen und Übungsleitern in den Sportvereinen entgegengesteuert werden. Mit diesen Mitteln können die Ausbildungsgebühren für im laufenden Jahr erworbene Lizenzen finanziert werden.

Gemeinnützige nordrhein-westfälische Sportvereine und andere Sportanbieter, die zur Ausreichung eines qualifizierten Sportangebots auf vom Deutschen Olympischen Sportbund zertifizierte Sportlehrkräfte und Schwimmassistenten angewiesen sind, können einen Antrag auf Übernahme der Ausbildungskosten stellen. Das Programm wird vom Landessportbund Nordrhein-Westfalen abgewickelt. Dazu finden sich ab heute Informationen und Antragsformulare auf der Seite des Landessportbundes www.lsb.nrw wieder.

Finanziert wird die Hilfe aus zusätzlichen, dem Landeshaushalt 2023 bereitgestellten Mitteln.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Fraktion

200 Millionen Euro für den Öffentlichen Personennahverkehr

Die Landesregierung unterstützt den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Nordrhein-Westfalen finanziell, um die Folgen der durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ausgelösten Energiekrise abzufedern. Die Aufgabenträger und Unternehmen des ÖPNV sind massiv von den Steigerungen der Energiekosten im Bereich Diesel und Strom betroffen. Ohne finanziellen Ausgleich könnten die Kostensteigerungen letztlich nur durch eine Reduzierung des ÖPNV-Angebots aufgefangen werden, was aus Gründen der Daseinsvorsorge und des Klimaschutzes unbedingt zu vermeiden ist. Daher hat das Land im Rahmen des ÖPNV-Rettungsschirms im vergangenen Jahr einen dreiprozentigen Zuschlag auf die Soll-Fahrgeldeinnahmen gewährt. Für das Jahr 2023 stellt das Land weitere 200 Millionen Euro aus dem Sondervermögen nach Maßgabe des Krisenbewältigungsgesetzes bereit, mit denen den massiven Kostensteigerungen begegnet werden soll.

Jetzt sind die Richtlinien für die Gewährung der Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Personennahverkehr, die mit den durch den russischen Angriffskrieg stark gestiegenen Energiekosten im Zusammenhang stehen unter www.umwelt.nrw.de veröffentlicht worden. Damit wurde die Grundlage für die Auszahlung der Mittel über die kommunalen Aufgabenträger an die Verkehrsunternehmen geschaffen.

Die Billigkeitsleistungen sind nun ein weiterer finanzieller Beitrag an die Aufgabenträger im ÖPNV in Nordrhein-Westfalen zum Ausgleich von Mehrausgaben aufgrund der durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine extrem gestiegenen Energiekosten. Die Hilfen werden unbürokratisch an die Aufgabenträger des ÖPNV und SPNV ausgezahlt. Eine Antragstellung ist nicht erforderlich. Die Bestandssicherung der aktuellen Verkehre ist damit gewährleistet.

NRW hat zum Jahreswechsel den Vorsitz der Verkehrsministerkonferenz für 2023 und 2024 übernommen.

NRW-Wirtschaftskonferenz für Wiederaufbau der Ukraine

Das Land Nordrhein-Westfalen nimmt bereits jetzt den Wiederaufbau der Ukraine in den Fokus. Am 23. März 2023 laden das Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, das Generalkonsulat der Ukraine in Düsseldorf sowie die Gesellschaft zur Außenwirtschaftsförderung NRW.Global Business in Partnerschaft mit IHK NRW zur NRW-Wirtschaftskonferenz „Wiederaufbau der Ukraine“ in den Düsseldorfer Landtag ein. Weitere Partner sind der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e. V. und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer.

Die Veranstaltung zeigt Wege der Zusammenarbeit von aktuellen Hilfsmaßnahmen hin zu einem partnerschaftlichen Wiederaufbau auf. Im Fokus stehen wirtschaftspolitische Aspekte mit Beispielen aus der Praxis und Projekten auf kommunaler und regionaler Ebene.

Die Konferenz eröffnen Landtagspräsident André Kuper, Ministerin Neubaur, der ukrainische Botschafter Oleksii Makeiev, sowie die Vizepräsidentin der IHK NRW, Jutta Kruft-Loehringel. Europaminister Nathanael Liminski richtet sich in einer Videobotschaft an die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer. Eine Keynote zum Wiederaufbau seines Landes hält Oleksandr Rodnyansky, Wirtschaftsberater des ukrainischen Präsidenten. Unter den rund 300 Gästen sind ukrainische Unternehmen sowie große und mittelständische Firmen aus Nordrhein-Westfalen, die sich bereits in der Ukraine engagieren oder sich beim Wiederaufbau der Ukraine einbringen möchten, darüber hinaus Vertreterinnen und Vertreter aus der Bundes- und Landespolitik sowie der Partnerstädte. Über die Partnerschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Dnipropetrowsk werden wir Wissen und Erfahrungen austauschen, wirtschaftliche Potenziale eröffnen und Menschen aus beiden Regionen verbinden. Die Entschlossenheit der Ukrainer und die Geschlossenheit des Westens sind groß. Ich bin fest davon überzeugt: Es ist nicht nur politisch richtig, sondern wirtschaftlich klug, auf eine Ukraine als starker, freier und wirtschaftliche prosperierender Partner in der Europäischen Union zu setzen. Wir in Nordrhein-Westfalen stehen an der Seite der Ukraine – gestern, heute und morgen.

Seit Kriegsbeginn organisieren das Land und die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens eine Vielzahl an Hilfslieferungen für die Ukraine, um das Gesundheitssystem oder die Energieversorgung in Betrieb zu halten – unter anderem mit Aktionen in allen 16 Bezirken der Industrie- und Handelskammern des Landes. Das NRW-Wirtschaftsministerium und NRW.Global Business unterstützen beispielsweise das Projekt Water4Ukraine, das regelmäßig technisches Material in die Ukraine liefert, um die Wasserversorgung in den am schwersten getroffenen Regionen des Landes wiederaufzubauen. Zudem wurde Ende Februar eine neue Regionalpartnerschaft Nordrhein-Westfalens mit der ukrainischen Oblast Dnipropetrowsk, einem der wichtigsten Industrie- und Wissenschaftsstandorte der Ukraine, begründet, um für die Zukunft konkrete Wiederaufbauhilfe zu leisten und wirtschaftliche Perspektiven zu eröffnen.

**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

39,45 Millionen Euro zur Förderung des Aufbaus von Notstromanlagen

„Aus dem Sondervermögen „Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine“ werden 39,45 Millionen Euro zur Förderung des Aufbaus von Notstromanlagen in voll- und stationäre Einrichtungen der Pflege und Einrichtungen der Eingliederungshilfe mit einem Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI auch in unserer Region bereitgestellt.

Gefördert werden Maßnahmen zum Aufbau einer Notstromversorgung. Dazu zählen insbesondere die Anschaffung von Geräten/Anlagen einschließlich erforderlicher baulicher Maßnahmen, die geeignet sind die Aufrechterhaltung eines Notbetriebes für mindestens 72 Stunden bei Ausfall der Stromversorgung zu gewährleisten.

Die Einrichtungen können eine pauschale Projektförderung bei den Landschaftsverbänden ab dem 1. April 2023 beantragen. Antragsformulare werden zur Verfügung gestellt. Die Landschaftsverbände zahlen die Förderbeträge an die Einrichtungen aus. Förderfähig sind ab dem 1. Januar 2023 begonnene Maßnahmen, die bis 31. Dezember 2023 durchgeführt und abgerechnet werden.“

„Wir freuen uns, wenn möglich zahlreiche Einrichtungen aus dem Kreis Warendorf dieses Förderprogramm in Anspruch nehmen“, so Hagemeyer und Höner. „Nachdem die Krankenhäuser vor kurzem bereits Landesmittel angeboten bekommen haben ist es nur folgerichtig von der Landesregierung, das Portfolio auf die Pflegeeinrichtungen auszuweiten.“

Förderberechtigte Einrichtungen, Förderhöhe:

Vollstationäre Einrichtungen der Pflege (Pflegeheime etc.):

25.000 € je Einrichtung

Teilstationäre Einrichtungen der Pflege (Tages- und Nachtpflegen):

10.000 € je Einrichtung

Einrichtungen der Eingliederungshilfe mit einem Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI (Einrichtungen die Pflegeleistungen mit den Pflegekassen

Auf Grundlage eines Versorgungsvertrags abrechnen) :

25.000 € je Einrichtung

Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt

Die Landesregierung setzt sich konsequent für den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexualisierter Gewalt ein. Mit Veröffentlichung des zweiten Berichts zur Umsetzung und Fortschreibung des Handlungs- und Maßnahmenkonzepts zur Prävention sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche gibt die Landesregierung einen Überblick über ihre Aktivitäten in den vergangenen zwölf Monaten und verpflichtet sich, mit 62 konkret beschriebenen Maßnahmen, den bereits bestehenden Schutz vor und den Umgang mit sexualisierter Gewalt weiter zu stärken.

Der Bericht umfasst unter anderem das Ende 2020 verabschiedete Handlungs- und Maßnahmenkonzept im Bereich „Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche – Prävention, Intervention, Hilfen“ und bündelt die Ansätze und Projekte der Landesregierung zu einem effektiven Maßnahmenkatalog im Kampf gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. So hat das Familienministerium die Kooperation aller am Kinderschutz beteiligten Akteurinnen und Akteure unter anderem dadurch gestärkt, dass interdisziplinäre Fortbildungen für alle Personen und Professionen, die in ihrer Tätigkeit mit Kinderschutzfällen konfrontiert sind, gefördert werden und die Netzwerkstruktur weiter ausgebaut wird. Daneben wurde unter Federführung des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration ressortübergreifend das Internetportal der Landesregierung „Gemeinsam für den Kinderschutz“ (www.kinderschutz.nrw) entwickelt. Das Webportal soll den Kinderschutz qualitativ verbessern und die Handlungskompetenzen von Personen und Professionen stärken, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Zudem fördert die Landesregierung als wichtigstes Instrument einer landesweiten, fachlichen Qualitätsentwicklung im Bereich der Prävention sexualisierter Gewalt nicht nur die Landesfachstelle „Prävention sexualisierte Gewalt“ (PSG.nrw) in Köln, sondern auch eine Beratungsstelle pro Regierungsbezirk mit jährlich 80.000 Euro, um eine möglichst flächendeckende Versorgung mit Informations-, Beratungs-, Fortbildungs- und Konzeptangeboten in Nordrhein-Westfalen zu erreichen.

Die konsequente Bekämpfung sexualisierter Gewalt an Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen hat für die Zukunftscoalition von CDU und Grünen höchste Priorität. Mit dem zweiten Bericht zur Umsetzung und Fortschreibung des Handlungs- und Maßnahmenkonzeptes wird deutlich, dass wir weiter an der Umsetzung wichtiger Maßnahmen gearbeitet und auch neue wichtige Impulse aufgegriffen und Initiativen entwickelt haben. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gewalt ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Wir werden auch weiterhin kontinuierlich an der Weiterentwicklung und Verbesserung des Kinderschutzes in Nordrhein-Westfalen arbeiten.

Der zweite Bericht zur Umsetzung und Fortschreibung des Handlungs- und Maßnahmenkonzeptes kann hier gelesen und heruntergeladen werden: <https://www.mkjfgfi.nrw/praevention-sexualisierter-gewalt>

**Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de**



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

CDU

NRW Fraktion

Aus der Fraktion

Nordrhein-Westfalens fortschrittliche Krankenhausplanung erfolgreich fortsetzen

In einem dreijährigen Prozess hat Nordrhein-Westfalen gemeinsam mit den wesentlichen Akteuren des Gesundheitswesens, der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW), den Ärztekammern, den Krankenkassen und der Pflege den fortschrittlichsten Krankenhausrahmenplan Deutschlands erarbeitet und einvernehmlich verabschiedet.

Mit dem neuen Krankenhausplan, der im April 2022 veröffentlicht wurde, wird die gewachsene Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen nachhaltig gestärkt und zukunftsfest ausgerichtet.

Die Umsetzung der Krankenhausplanung wird seitens der Landesregierung durch rund 2,5 Milliarden Euro flankiert, die dazu dienen, durch die Umstrukturierungen notwendige Neu- und Umbauten zu fördern, auch mit Blick auf Klimafolgenanpassungen. Hinzu kommen noch die jährlichen Pauschalmittel für Krankenhausinvestitionen, die ab dem Jahr 2023 um 195 Millionen Euro auf insgesamt 765 Millionen Euro erhöht werden. Die Landesregierung stärkt damit den Krankenhäusern den Rücken und setzt den Abbau des Investitionsstaus in den Krankenhäusern konsequent fort. Nicht zuletzt wird das Vertrauen in den bisherigen gemeinsamen Prozess der Krankenhausplanung bestätigt. Bereits von 2017 bis 2022 haben die Krankenhäuser rund zwei Milliarden Euro mehr vom Land erhalten als in der Legislaturperiode 2012-2017.

Derzeit laufen die Verhandlungen zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen über die Versorgungskonzepte in den Regionen. Im Rahmen der Verhandlungen geht es darum, welches Krankenhaus künftig ganz konkret welches Leistungsspektrum vor Ort anbietet. Ziel ist es, eine sinnvolle Aufgabenteilung und eine Stärkung der Zusammenarbeit der Krankenhäuser zu erreichen und damit zugleich flächendeckend die bestmögliche Versorgung der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten. Die Patientinnen und Patienten sollen sich darauf verlassen können, dass in dem Krankenhaus, in dem sie behandelt werden, ausreichende Erfahrung vorhanden und Qualitätsvorgaben eingehalten werden.

Allen Beteiligten ist klar, dass es „kein Weiter so“ in der Krankenhauslandschaft geben kann. Eine Reform, ein Neustart, ist dringend erforderlich, um den Patienten „Krankenhaus“ vor einem Kollaps zu bewahren. Krankenhausplanung ist Ländersache. Ein Bundesgesetz zur Reform der Krankenhausfinanzierung ist in der Länderkammer zustimmungspflichtig. Daher ist es umso wichtiger, dass der Bund wieder zu einem konstruktiven Dialog mit den Ländern zurückkehrt. Wenn der Bund sich an die mit den Ländern getroffene Vereinbarung hält, einen gemeinsamen Gesetzentwurf auf den Weg zu bringen, bestehen keine Zweifel daran, dass beide Reformpläne ineinandergreifen können.

Im Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene muss berücksichtigt werden, dass keine Bundesschablone über die regional sehr unterschiedlich ausgestaltete Krankenhauslandschaft gelegt werden kann, da nicht überall die gleichen Bedingungen zugrunde liegen. Das wird den unterschiedlichen Bedarfen und gewachsenen Strukturen in den Bundesländern nicht gerecht. Deshalb ist Krankenhausplanung eine originäre Aufgabe der Länder als ein Teil der Daseinsvorsorge. Ein starkes, nachhaltiges Zukunftskonzept und eine damit verbundene bestmögliche medizinische Versorgung der Bevölkerung kann daher nur aus einer auf konkreten, verbindlichen Qualitätsvorhaben basierenden Krankenhausplanung des Landes in Kombination mit einer verbesserten Finanzierung der Betriebskosten erreicht werden.

Vor diesem Hintergrund haben CDU und Grünen einen Antrag im Landtag eingebracht und beschlossen, der die Landesregierung auffordert das Verfahren zur Umsetzung der Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen wie geplant fortzusetzen und auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die Reformpläne von Bund und Land ineinandergreifen und eine auskömmliche Finanzierung der Betriebskosten gewährleistet wird.

Aus der Landesregierung

Gute Nachrichten für Sportvereine und andere Sportanbieter! Das Land NRW stellt 1 Million Euro für die Ausbildung und Qualifizierung von Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Trainerinnen und Trainer sowie Schwimmtrainerinnen und Schwimmtrainer und Schwimmassistenten zur Verfügung! Mit dem Geld können die Ausbildungsgebühren für im laufenden Jahr erworbene Lizenzen finanziert werden. Alle Information und Antragsformulare auf der Seite des Landessportbunds NRW unter: www.lsb.nrw



Landesregierung unterstützt mit 1 Million Euro Sportvereine bei der Ausbildung von Übungsleiterinnen und Übungsleitern

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Fraktion

Verantwortung für Pflege verwaister jüdischer Friedhöfe in NRW weiterhin nachkommen

Jüdinnen und Juden sind seit Jahrhunderten ein integraler Bestandteil unserer Gesellschaft und unseres kulturellen Lebens. Der älteste Beleg jüdischen Lebens auf dem Gebiet des heutigen Deutschlands stammt aus Köln im Jahr 321 und ist damit über 1.700 Jahre alt.

Von der Geschichte der Jüdinnen und Juden in Deutschland erzählen auch jüdische Friedhöfe. Friedhöfe haben im Judentum eine hohe religiöse Bedeutung. Hebräische Bezeichnungen für jüdische Friedhöfe lauten „Haus des Lebens“ oder „Haus der Ewigkeit“, was die Unantastbarkeit der Totenruhe als religiösen Grundsatz zum Ausdruck bringt. Dieses Religionsgesetz führt zur Existenz sehr alter jüdischer Friedhöfe in Deutschland, sofern sie nicht der Schändung und Zerstörung aufgrund von antisemitischen Übergriffen in der wechselvollen Geschichte von Jüdinnen und Juden in Deutschland zum Opfer gefallen sind.

Seit Beginn der Existenz jüdischer Gemeinden in Deutschland sind Jüdinnen und Juden immer wieder von Ausgrenzung und Vertreibung betroffen gewesen bis hin zur Shoah. Der Hass gegen Jüdinnen und Juden hat sich immer auch gegen jüdische Einrichtungen gerichtet, darunter auch gegen jüdische Friedhöfe. Eine Vielzahl jüdischer Friedhöfe wurde in der Zeit des Nationalsozialismus unwiederbringlich vernichtet. Umso mehr ist dies Grund für uns, jüdische Geschichte zu bewahren und an sie zu erinnern.

Auf dem Gebiet [des Landes Nordrhein-Westfalen](#) existieren neben den offenen, genutzten jüdischen Friedhöfen auf 785.980 qm Fläche verwaiste jüdische Friedhöfe, auf denen heute keine Bestattungen mehr stattfinden oder an deren Ort keine jüdische Gemeinde mehr existiert. Sie alle sind gleichwohl ein wichtiges Zeugnis jüdischer Geschichte in Deutschland, die immer wieder von Vertreibung und Hass gegen Jüdinnen und Juden geprägt war.

Kulturhistorisch sind die jüdischen Friedhöfe vor diesem Hintergrund von einem unermesslichen Wert und auch für die Genealogie sind die Inschriften der Grabsteine von hoher Bedeutung. Die Sicherstellung der Pflege und Instandhaltung auch der verwaisten Friedhöfe ist deshalb von gesellschaftlichem Wert, insbesondere erwächst aus der menschenverachtenden Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten für uns als Demokratinnen und Demokraten die Verantwortung, jüdische Geschichte zu bewahren und an sie zu erinnern.

Deshalb ist es wichtig, dass die am 21. Juni 1957 getroffene Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und jüdischen Gemeinden über die Pflege und Instandhaltung der verwaisten jüdischen Friedhöfe weiter umgesetzt wird. In dieser Vereinbarung ist geregelt, dass Bund und Länder sich jeweils hälftig an den Kosten zur Pflege und Instandhaltung der verwaisten jüdischen Friedhöfe beteiligen. In Nordrhein-Westfalen erhalten die Kommunen über die Bezirksregierungen eine Pflegepauschale für die insgesamt 785.980 qm Friedhofsfläche. Die Pflegepauschale wurde seit 2010 nicht mehr erhöht. Aufgrund der allgemeinen Kostensteigerungen sind die bisher zur Verfügung gestellten Mittel inzwischen nicht mehr auskömmlich. Eine Erhöhung kann aufgrund der Vereinbarung von 1957 nur im Einvernehmen mit dem Bund erfolgen, da sowohl das Land NRW als auch der Bund eine Erhöhung der anteiligen Kostenübernahme vornehmen müssten.

Der unschätzbare historische und gesellschaftliche Wert der jüdischen Friedhöfe in NRW erfordert weiterhin eine angemessene Pflege auch der verwaisten Grabflächen. Wir sehen diese zudem als wichtigen Beitrag an, jüdische Geschichte im Alltag präsent zu halten.

Deshalb hat die Zukunftscoalition von CDU und Grünen einen Antrag im Landtag eingebracht und beschlossen, der die Landesregierung auffordert sich in den Verhandlungen mit dem Bund auf eine Erhöhung der anteiligen Kostenübernahme einzusetzen, damit die Pauschale zur Pflege und Instandhaltung der verwaisten jüdischen Friedhöfe wieder auskömmlich ist und entsprechende Kostensteigerungen im Etatentwurf für das Haushaltsjahr 2024 zu berücksichtigen.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

Ministerin Feller:

Alltagshelferinnen und Alltagshelfer sollen unsere Lehrkräfte unterstützen und entlasten

Handlungskonzept für eine bessere Unterrichtsversorgung wird umgesetzt

Das Ministerium für Schule und Bildung bringt die Umsetzung des Handlungskonzepts für eine bessere Unterrichtsversorgung weiter voran. Die Grundschulen können nunmehr damit beginnen, Alltagshelferinnen und Alltagshelfer einzustellen. Nach Verbändebeteiligung und Kabinetttbefassung werden zudem die erforderlichen Verordnungen für die Maßnahmen aus dem Bereich der Lehrkräfteausbildung in Kraft gesetzt. Ebenso werden die Erlassänderungen aus dem Bereich der Lehrkräfteeinstellung in Kürze umgesetzt. Schul- und Bildungsministerin Dorothee Feller: „Alle Personalmaßnahmen aus unserem Handlungskonzept befinden sich jetzt in der Umsetzung. Damit ist der Weg frei für eine gezielte Unterstützung unserer Schulen. Im Mittelpunkt stehen dabei vor allem die Grundschulen. Wir erweitern hier unter anderem die Möglichkeiten für den Seiteneinstieg und schaffen die Voraussetzungen für die Einstellung von Alltagshelferinnen und Alltagshelferinnen. Sie sollen die Lehrkräfte an Grundschulen unterstützen und entlasten, damit diese sich stärker auf ihren Unterricht konzentrieren können.“

Der Arbeitsalltag von Lehrerinnen und Lehrern an Grundschulen ist durch eine Vielzahl von Tätigkeiten geprägt, die über die Kerntätigkeit Unterrichten hinausgehen. Alltagshelferinnen und Alltagshelfer sollen Lehrkräften eine spürbare Entlastung und Unterstützung anbieten, indem sie verschiedene Alltagsaufgaben übernehmen. Das kann zum Beispiel die Vorbereitung des Klassenzimmers, die Beaufsichtigung oder auch die Unterstützung einzelner Schülerinnen und Schüler bei der Herstellung der Arbeitsfähigkeit sein.

Alltagshelferinnen und Alltagshelfer müssen keine formelle Qualifikation nachweisen. Entscheidend ist vor allem die Eignung für diese Form von Unterstützung. Die Einstellungsentscheidung trifft die Schulleitung. Die Stellen werden als Tarifstellen mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von maximal 30 Stunden ausgeschrieben. Alltagshelferinnen und Alltagshelfer werden auf unbesetzten Stellen eingestellt. Dies steht aber der Einstellung von Lehrkräften nicht im Wege.

Im Bereich der Lehrkräfteeinstellung wird das Handlungskonzept Unterrichtsversorgung in Kürze durch Erlassänderungen umgesetzt.

Im Bereich der Lehrkräfteausbildung erfolgt die Umsetzung auf dem Verordnungswege.

Im Mittelpunkt stehen dabei Maßnahmen für die Grundschule und das Berufskolleg:

- Der Seiteneinstieg mit einem berufsbegleitenden zweijährigen Vorbereitungsdienst wird für das Lehramt an Grundschulen geöffnet. Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger mit entsprechenden Hochschulabschlüssen können damit die volle Lehramtsbefähigung für die Grundschule erwerben. Das war bislang nicht möglich.
- Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen können ihren Vorbereitungsdienst zukünftig auch für das Lehramt an Grundschulen oder für das Lehramt an Haupt-, Real-, Sekundar- und Gesamtschulen aufnehmen und die entsprechende Lehramtsbefähigung erwerben.
- Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen erhalten zukünftig die Möglichkeit, dauerhaft an einer Grundschule eingestellt zu werden, auch wenn ihre Lehrbefähigungen kein Fach der Grundschule abbilden.
- Der Duale Master für die technischen Fachrichtungen des Berufskollegs wird für Bachelorabsolventinnen und Bachelorabsolventen von Universitäten geöffnet und auf neue berufliche Fachrichtungen ausgedehnt. Teilnehmerinnen und Teilnehmer absolvieren ein berufsbegleitendes lehramtsbezogenes Masterstudium für das Lehramt an Berufskollegs. Nach Abschluss des dualen Masterstudienganges erfolgt ein berufsbegleitender Vorbereitungsdienst.

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus der Landesregierung

Außerdem werden folgende weitere Maßnahmen umgesetzt:

- Lehrkräften aus Drittstaaten soll der Einstieg in den Schuldienst erleichtert werden. Das bisher erforderliche Sprachniveau C2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen wird für den Zugang zu sogenannten Ausgleichsmaßnahmen auf das Niveau C1 festgesetzt. Für eine dauerhafte Übernahme muss jedoch weiterhin das Niveau C2 erreicht werden.
- Jede Neueinstellung von grundständig ausgebildeten Lehrkräften soll zukünftig mit der Möglichkeit einer Abordnung an besonders belastete Schulen verbunden werden. Voraussetzung ist, dass die abordnende Stammschule ausreichend gut mit Lehrkräften versorgt ist.

Die aufgeführten Maßnahmen treten zum 1. Mai 2023 in Kraft.

Abschließend erklärte Schul- und Bildungsministerin Feller: „Das Handlungskonzept Unterrichtsversorgung ist ein wichtiger Schritt, um unsere Schulen gezielt zu unterstützen. Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, innerhalb von einem Vierteljahr alle Maßnahmen in die Wege zu leiten und danke allen Beteiligten. Wir nehmen bei der Umsetzung des Handlungskonzeptes vor allem die Grundschulen in den Blick und die Schulen, die vom Lehrkräftemangel besonders betroffen sind. Wir werden die Umsetzung unseres Handlungskonzeptes intensiv begleiten und bereits jetzt weitere mögliche Maßnahmen prüfen.“

Die Landesregierung hatte im Dezember 2022 ein umfangreiches Handlungskonzept zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung vorgelegt mit kurz-, mittel- und langfristig wirkenden Maßnahmen. Das Konzept umfasst die Bereiche der Lehrerausbildung und Lehrereinstellung, Wertschätzung und Entlastung sowie das Dienstrecht. Die dienstrechtlichen Maßnahmen des Handlungskonzeptes wurden bereits im Februar 2023 umgesetzt.



Aus dem Wahlkreis

Schachblumenmarkt in Sassenberg

Nach 3-jähriger Coronapause konnte im Monat März endlich wieder der beliebte Schachblumenmarkt in Sassenberg stattfinden. Neben Bürgermeister Josef Uphoff gratulierte auch Daniel Hagemeyer MdL der neuen Schachblumenfee Lisa Panke-witsch und ihrer Elfe Anna-Lena Lippert!

*Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de*



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus dem Wahlkreis

Daniel Hagemeyer zu Besuch in der Alten Brennerei Ennigerloh

Vereinfachung der ehrenamtlichen Arbeit durch den Wegfall von Vorschriften, eine strukturelle Finanzierung der Kulturarbeit und die Unterstützung bei der Realisierung eines Open Air-Veranstaltungsplatzes vor der Alten Brennerei: Das alles sind Wünsche, die der Vorstand des Vereins Alte Brennerei Schwake jetzt an den heimischen Landtagsabgeordneten Daniel Hagemeyer herangetragen hat. Bei einem Treffen im historischen Brennereigebäude an der Liebfrauenstraße



hatten Vorsitzende Edith Barth und das Vorstandsteam Daniel Hagemeyer den Kulturort „Alte Brennerei“ vorgestellt. „Das hat hier sehr viel Charme“, würdigte der heimische Landtagsabgeordnete die zahlreichen Stunden ehrenamtlicher Arbeit, die der Vorstand (nicht nur) in Organisation und Durchführung von Veranstaltungen investiert und zeigte sich beeindruckt „von der wertvollen Arbeit, die hier geleistet wird. Die Alte Brennerei ist ein Leuchtturm für Ennigerloh.“ Kultur sei ein vielfältiger und verbindender Teil unserer Identität und unserer Gesellschaft, ist Hagemeyer überzeugt: „Sie sensibilisiert für das Miteinander über alle Grenzen und Generationen hinweg.“ Auch deshalb werde die Landesregierung den Kulturretat bis zum Ende der Legislaturperiode schrittweise um 50 Prozent erhöhen. „Zudem wollen wir die Förderlandschaft weiterentwickeln, entbürokratisieren und krisenfest machen sowie Modellprojekte wie ein „Kulturticket NRW“ oder den freien Eintritt für Schulklassen unterstützen“, so der heimische Landtagsabgeordnete.

Senioren Union Warendorf

Einblicke in die Arbeit der Landesregierung standen im Mittelpunkt des ersten Seniorenunions-Stammtisches des Jahres, zu dem Vorsitzender Heinz Josef Schulze Kappelhoff jetzt Daniel Hagemeyer als Referent in das Café auf Hof Lohmann eingeladen hatte. Den Mitgliedern der Seniorenunion stellte der heimischen Landtagsabgeordnete die Eckpunkte des Landeshaushaltes ebenso vor wie die Schwerpunkte, der CDU-geführten Landesregierung, die in den Bereichen Bildung, Klimaschutz, Innere Sicherheit, Digitalisierung, Verkehr und Bewältigung der Folgen des Ukraine-Krieges liegen. „Jeder, der vor dem Krieg in der Ukraine flüchtet“, ist uns herzlich willkommen“, machte Hagemeyer die Position der Landesregierung deutlich. Er mahnte allerdings auch mehr Bundesunterstützung beispielsweise bei den Kosten der Flüchtlingsunterbringung an. Weiteres Thema waren Förderprogramme aus dem Heimatministerium von Ina Scharrenbach, mit denen die Infrastruktur und die Lebensbedingungen vor Ort verbessert werden sollen. In Sachen Krankenhausplanung setzt NRW auf eine wohnortnahe Versorgung. Gleichzeitig wolle man die Spezialisierung der Krankenhäuser voranbringen und von NRW-Seite aus zum Gelingen beider Krankenhausreformen der des Bundes als auch der NRW-Krankenhausplanung beitragen, betonte Daniel Hagemeyer. Heinz Josef Schulze Kappelhoff bedankte sich für den sehr interessanten Bericht aus Düsseldorf und gab den Mitgliedern noch einen Ausblick auf die geplanten Aktivitäten der Senioren in Warendorf.

„Auch wolle man den Senioren-Stammtisch im Laufe des Jahres wieder anbieten“, so Schulze Kappelhoff.



Kreissportbund Warendorf zu Gast in Oelde

Daniel Hagemeyer besuchte zusammen mit seinem Landtagskollegen Markus Höner die Mitgliederversammlung des Kreissportbundes Warendorf e. V. die in diesem Jahr in Oelde stattfand. Ein Fazit der Veranstaltung war: NRW ist und bleibt das Sportland Nr. 1, die Sportförderung durch das Land ist sehr gut.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de



Daniel Hagemeyer

CDU

NRW Fraktion

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Aus dem Wahlkreis

CDU-Mitgliederehrung in Oelde

Landtagsabgeordneter Daniel Hagemeyer und Peter Hellweg, Vorsitzender der CDU Ortsunion Oelde, ehrten gemeinsam langjährige CDU Mitglieder im Rahmen eines gemeinsamen Sonntagsfrühstück im Drostenhof.



CDU-Stadtpaziergang in Oelde

Auftaktveranstaltung zum „CDU-Stadtpaziergang“. Im Rahmen dieses neuen Formats wurden den interessierten Bürgerinnen und Bürgern und CDU Mitgliedern Bauvorhaben der Stadt Oelde sowie privater Investoren im Oelder Stadtzentrum vorgestellt. Zum Ende des Rundgangs berichtete Henning Rehbaum MdB am Bahnhof Oelde aus dem Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages sowie über die Einführung des 49-Euro-Tickets!



Daniel Hagemeyer MdL und Henning Rehbaum MdB zu Besuch beim THW Oelde

Oelde. Eine neue Unterkunft steht weit oben auf dem Wunschzettel des Technischen Hilfswerks Oelde. Die aktuelle Unterkunft Am Landhagen ist Mitte der 1980er Jahre entstanden und genügt bei weitem nicht mehr den heutigen Anforderungen, wie Ortsbeauftragter Markus Freitag am Dienstag nicht nur dem heimischen Bundestagsabgeordneten Henning Rehbaum und seinem Landtagskollegen Daniel Hagemeyer verdeutlichte.

Beim Gesprächstermin am Landhagen waren auch Oeldes Bürgermeisterin Karin Rodeheger, Fachdienstleiter Liegenschaften Volker Combrink, Johannes Hildebrandt vom THW-Landesverband sowie Mitglieder der CDU-Ratsfraktion anwesend. Mit einem aktuell laufenden Interessenbekundungsverfahren suche die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BimA) nach einem geeigneten Grundstück für eine neue THW-Unterkunft in Oelde. Mindestens 6200 Quadratmeter groß muss das Grundstück sein, nennt Hildebrandt eine Anforderung, gesucht werde alternativ auch nach Bestandsimmobilien zur langfristigen Anmietung. Über diese Suche hatte sich die Verwaltung schon im Vorfeld des Gesprächstermins Gedanken gemacht. Industriebrachen, die man umnutzen könnte, gebe es keine, machte Volker Combrink deutlich. Allerdings hatte er auch zwei mögliche Flächen identifiziert, auf denen das Oelder THW eine neue Heimat finden könnte. Bei einer der beiden Flächen wäre sogar die Zusammenarbeit

mit einem Investor möglich, der die neue THW-Unterkunft nach den geltenden Vorgaben errichten und Gebäude und Grundstück dann langfristig an die BimA vermieten könnte.



Um das Projekt neue THW-Unterkunft voranzutreiben, soll zeitnah ein weiteres Gespräch stattfinden, bei dem die zuständige BimA-Mitarbeiterin Johanna Grotkopp ebenso am Tisch sitzen soll wie der Flächeneigentümer, Johannes Hildebrandt für das THW und Vertreter der Stadtverwaltung. Dass möglicherweise eine Fläche für einen Unterkunfts-Neubau gefunden sein könnte, freut nicht nur den Ortsbeauftragten Markus Freitag. Auch allen anderen Anwesenden ist an einer schnellen Lösung gelegen: „Wir wollen das hier schnellstmöglich zum Erfolg bringen“, unterstreicht Daniel Hagemeyer und Bürgermeisterin Karin Rodeheger. Mit der jetzt angedachten Variante sei man möglicherweise auf der Überholspur für eine schnelle Lösung, hofft Henning Rehbaum. Dass das Oelder THW dringend auf eine neue Unterkunft angewiesen ist, wurde beim Rundgang deutlich. „Das Parken der Fahrzeuge in der Fahrzeughalle gleicht einem Tetris-Spiel“, sagt Markus Freitag. Und in der THW-Jugend müsse man möglicherweise über einen Aufnahmestopp nachdenken, weil man neuen Jugendlichen keine Spinde mehr zur Verfügung stellen könne.

Im Landtag: Daniel Hagemeyer MdL, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Telefon: 0211 884 2744, Fax 0211 884 3346 Im Wahlkreisbüro: Stiftsbleiche 6, 48231 Warendorf,
Telefon: 02581 52 99 939, Fax: 02581 52 99 889 Mail: daniel.hagemeyer@landtag.nrw.de